

Bürgerinformation der Wermelskirchener Neue Kommunalpolitik Unabhängige Wählergemeinschaft

Nr. 18

April/Mai 2007

Der Markt – historisches Zentrum der Stadt

Seit Jahren lässt sich die WNK UWG trotz permanenter Diskussionen und Visionen um den Loches-Platz in einem nicht beirren: historisches

Zentrum Wermelskirchens ist der alte Marktplatz an der Stadtkirche. Bereits vor 5 Jahren sah die WNK mit Fertigstellung der B51n Chancen

kommen, den Markt wieder zu dem Zentrum zu machen, was er einmal war. Gemeinsam mit Einzelhändlern und Anliegern wurden Eckpunkte erarbeitet, die bei der zukünftigen Umgestaltung und Nutzung des Marktes umgesetzt werden sollten. Mittlerweile wurden aufgrund weiterer Aspekte die damals formulierten Punkte gemeinsam mit den Bürgern weiter konkretisiert.

1. Der Markt soll möglichst verkehrsarm sein, wobei klar ist, dass eine Verkehrsverbindung zwischen den östlichen Stadtteilen und dem Gymnasium und Krankenhaus in beide Richtungen bestehen muss. Aus Sicht der WNK UWG kann diese Verbindung jedoch aus einer Markttangente Obere Remscheider Straße / Stockhauser Straße bestehen und muss nicht zusätzlich noch die Berliner Straße mit einbeziehen.
2. Auf dem Markt als möglichst großer schiefer Ebene ohne Marktbüchchen

soll Platz für Außengastronomie der umliegenden Cafes, Kneipen und Restaurants geschaffen werden.

3. Das ehemalige Radio- und Fernsehgeschäft soll von seinem Vorbau befreit werden und die historische Fassade wieder hergestellt werden. Insgesamt soll bei allen den Markt umgebenden Bauten darauf geachtet werden, dass sie sich in ein historisches Stadtbild einpassen.

4. Nach den negativen Erfahrungen mit dem Busverkehr in der Taubengasse sollte die endgültige Regelung die Busse von der Kölner Straße bzw. Berliner Straße über die Taubengasse in die Obere Remscheider Straße führen und es die ursprüngliche einheitliche Bushaltestelle für alle Linien oberhalb des Durchstichs der Taubengasse wieder geben.

5. Die Obere Remscheider Straße soll so befahrbar bleiben, wie sie es jetzt ist. Damit brauchen auch die vorhan-

denen Parkplätze nicht kostenträchtig "gedreht" zu werden.

6. Im Bereich der alten Bushaltestelle sollen die provisorisch ausgewiesenen Parkplätze in reguläre Parkplätze umgewandelt werden.

7. Beim notwendigen Umbau des unteren Teils der Oberen Remscheider Straße sollen die Gestaltungselemente der übrigen Innenstadt mit aufgenommen werden.

Stand im Jahr 2003 den Vorschlägen der WNK noch eine breite Mehrheit im Rat und auch in der Verwaltung – angeführt vom damaligen Bürgermeister und seinem Verkehrsplaner – entgegen, ist es heute erfreulich festzustellen, dass sowohl in der Verwaltung wie auch bei nahezu allen Fraktionen eine Bereitschaft zum Neu- und Umdenken zu erkennen ist.



22. Oktober 2006: Ein wichtiger Tag für Wermelskirchen

Vor fast genau 2 Jahren wurde mit Eric Weik ein unabhängiger Kandidat eines Bündnisses von WNK und UWG (jetzt WNK UWG), BürgerForum und FDP mit über 70% von den Menschen in dieser Stadt zum Bürgermeister gewählt.

Gleichzeitig wählten über 70% der Menschen Vertreter bürgerlicher Gruppierungen in den Rat: 20 vom Bündnis, 20 von der CDU.

Aufgrund der herben Wahlniederlage war 2004 mit der CDU nicht zu reden. Zu groß war der Frust, zu sehr war man mit dem Lecken der Wunden beschäftigt.

Da allerdings die zum Beginn einer Wahlperiode notwendigen Beschlüsse gefasst werden mussten, gab es Gespräche zwischen Bündnis und SPD. Die vereinbarten Punkte – alle ausschließlich personalpolitischer Natur – wurden von beiden Seiten eins zu eins umgesetzt, wobei man objektiv feststellen kann, dass die SPD hierbei das eindeutig bessere Geschäft machte.

Damit war allerdings auch die Kooperation zwischen Bündnis und SPD beendet. Die SPD hatte personalpolitisch mit Hilfe des Bündnisses ihre Ziele erreicht; der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, das Bündnis konnte gehen.

Die SPD unternahm in der Zukunft nicht einmal den Versuch, mit dem Bündnis inhaltliche Themen zu besprechen. Stattdessen wandte sich die SPD der CDU zu und fand in damals noch einflussreichen CDU-Kreisen den willfährigen Partner, um mit Hilfe der CDU rote Politik umsetzen zu können. Im Gegenzug unterstützte die SPD dafür die Attacken der CDU gegen den Bürgermeister. Ein über ein Jahr währendes wüstes Hauen und Stechen begann um verschiedenste Themen. Gewerbesteuerensenkung und Parkraumbewirtschaftung seien nur beispielhaft genannt.

Für das Bündnis war die örtliche große Koalition eine interessante Erfahrung: Das bürgerlich ausgerichtete Wermelskirchen hatte zu allem Lust – nur nicht sich von Sozis mit Hilfe der

CDU regieren zu lassen. Bürgerschaft und CDU-Basis probten den Aufstand – mit Erfolg!

Im Frühjahr 2006 bereits gab es zarte Annäherungsversuche der CDU Richtung Bündnis. Weitblickende Menschen in der CDU hatten erkannt, dass sie für die SPD nur Erfüllungsgehilfen waren – eigene Politik fand sich in der Kooperation mit der SPD nicht wieder. Die SPD betrieb mal wieder gegen die Interessen der Bürger gerichtete Politik. Die CDU suchte einen Partner und klopfte beim Bündnis an.

Das Bündnis hatte allerdings auch gelernt und teilte der CDU unmissverständlich mit, dass man als einmaliger Mehrheitsbeschaffer nicht zur Verfügung stünde. Nur für eine bis 2009 angelegte strategische mit Inhalten gefüllte Partnerschaft stünde das Bündnis zur Verfügung. Diese Forderung wurde dann auch in einem 10-Punkte-Papier erfüllt und am 22.10.2006 von den 5 Fraktionsvorsitzenden und dem Bürgermeister im Ratssaal feierlich unterzeichnet.

Die 10 Punkte lauten wie folgt:

- Gemeinsame Verabschiedung des Haushalts 2007, Senkung der Gewerbesteuer auf 410 Punkte
- Sanierung der Rathausfassade bis 2009
- Verwaltungsstrukturreform II: Verkleinerung des Rates, Zusammenlegung und Verkleinerung der Ausschüsse ab 2009
- Einleitung der Bauleitplanung für die Outdoor-Natur-Arena
- Überarbeitung des Flächennutzungsplanes
- Großzügige Ausweisung von Innen- und Außenbereichssatzungen
- Einleitung der Planungen für das Gewerbegebiet Hunger/Büschhausen
- Zügige Vermarktung der Grundstücke im Unternehmenspark UPA1 in Ostringhausen
- Verkauf nicht mehr benötigter städtische Immobilien
- Anpassung der Grundstücksgrößen im Wohngebiet Hilfringhausen

Für die WNK UWG war vor allem wichtig, dass mit dieser Vereinbarung die bürgerlichen Gruppierungen in Wermelskirchen dem Wählerwillen entsprechend zusammenrückten und dass es für einen bürgerlichen Bürgermeister eine bürgerliche Mehrheit im Rat gibt.

Die WNK UWG mahnt allerdings den Bürgermeister auch, ob dieser Mehrheit nicht getreu dem Spruch "Geh't's dem Esel zu gut, geht er auf's Eis." übermütig zu werden. Auch die Minderheit im Rat verdient für ihre Positionen Respekt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist für die WNK UWG, dass in den Gesprächen mit der CDU stets festgestellt wurde, dass die abgeschlossene Vereinbarung kein abgeschlossenes statisches Werk ist sondern gelebt und fortentwickelt werden soll. Die WNK hat hierbei bereits Themen im Sinn, die sie gemeinsam mit Bündnis und CDU nach vorne bringen möchte:

- Gestaltung des Marktes und Verkehrsplanung in der Form, wie sie den Wünschen der Bürger entspricht
- Attraktivitätssteigerung der unteren Innenstadt (Markt, Kölner Straße, Obere Remscheider Straße, Taubengasse, Berliner Straße)
- Intensivierung Stadtmarketing
- Verbesserung des Stadtbilds (Pflege von Grünanlagen, Unkraut in und am Straßenraum, Sauberkeit)
- Bekämpfung von "Angsträumen" wie Hüpp-Anlage, Stadtpark Jörngensgasse, Busbahnhof, Wiel-Anlage, Marktpassage etc. durch stärkere Präsenz von Sicherheitskräften
- Erlass einer Allgemeinverfügung, die das Verbrennen von Gartenabfällen in Kleingärten wieder für Jedermann möglich macht.

Haushalt 2007

Den Haushalt 2007 für die Stadt Wermelskirchen und seine Verabschiedung kann man unter einigen Aspekten durchaus als denkwürdig bezeichnen. Einmal war es der erste Haushalt der Stadt Wermelskirchen, der nicht mehr nach dem alten, überkommenen kameralen System, nach dem öffentliche Verwaltungen seit Jahrzehnten Haushalte erarbeitet hatten, aufgestellt wurde sondern nach dem in der Wirtschaft üblichen System der doppelten Buchführung mit Bilanz und Ergebnisrechnung. Hierbei werden die Leistungen der Stadtverwaltung als Produkte definiert, ihre kompletten Erträge und Kosten errechnet und in der Gesamtergebnisrechnung und Bilanz der Stadt ihre finanzielle Situation transparent dargestellt. Der Aufsichtsrat, sprich Stadtrat, des Unternehmens Stadt formuliert Produkte und Ziele, stellt Gelder zu deren Erreichung zur Verfügung und kontrolliert regelmäßig die Erreichung der Ziele anhand definierter Kennzahlen. So kann der Rat sehen, welche Gelder für welches Produkt verwendet werden und was die Bereitstellung des Produktes pro Nutzer kostet. In der Zukunft werden so Diskussionen über den Sinn und Unsinn von Produkten, ihre Rentabilität, ihren Standard nicht nur anhand politischer Wünsche sondern auch unter Berücksichtigung finanzieller Möglichkeiten geführt werden können.

Weiter ist denkwürdig, dass das Haushaltsjahr 2007 voraussichtlich mit einem negativen Ergebnis von 6,6 Mio.€ abschließen wird. Das negative Ergebnis ist zwar Folge der konsequenten Systematik der Ergebnisrechnung und Bilanz, denn erstmalig gehen die Abschreibungen auf das städtische Vermögen wie z.B. Straßen, Wege, Plätze, Gebäude usw. und die Rückstellungen für die Pensionen der städtischen Mitarbeiter mit in die Kalkulation ein, aber es ist ein schlechtes Signal, dass bei steigenden Steuereinnahmen auch gleich-

zeitig die Verschuldung steigt.

Das negative Ergebnis seinerseits spielt dann in der Bilanz hinsichtlich der Höhe des Eigenkapitals die entscheidende Rolle. Eine über mehrere Jahre fortlaufende Abnahme des Eigenkapitals dokumentiert einen Werteverzehr, sprich die Stadt würde dann über ihre Verhältnisse leben. Für die Zukunft heißt dies, den Haushalt mit einer schwarzen Null oder einem Überschuss in der Ergebnisrechnung abzuschließen, um so den Werteverzehr zu stoppen und im Gegenteil eine Vergrößerung des Eigenkapitals zu erreichen. Dies kann nur durch die Fortsetzung des eisernen Sparkurses und Abbau der Schulden erreicht werden. Natürlich ist auch die Variante "Griff in die Taschen des Steuer zahlenden Bürgers" eine Möglichkeit. Diese ist aber mit der WNK UWG nicht zu machen. Ziel der WNK UWG ist eine schuldenfreie Stadt Wermelskirchen. Die WNK UWG bemüht sich, durch Anhörung kompetenter Referenten im Rahmen ihrer "Kommunalpolitischen Akademie" einen Zeitrahmen für die Erreichung dieses Zieles zu erarbeiten.

Auch wenn der Haushalt des Jahres 2007 nicht als dramatisch zu bezeichnen ist, zeigt er für die Folgejahre, dass konsequenter Handlungsbedarf besteht, die Finanzen der Stadt auch für kommende Generationen nachhaltig sicher zu gestalten.

In diesem Zusammenhang muss ebenfalls als denkwürdig bezeichnet werden, dass die Ratsmitglieder aller Fraktionen und der Bürgermeister erstmalig einstimmig dem Haushalt zugestimmt haben. Dies belegt zum einen, dass die Politik in Gänze der Einführung des neuen Systems und den damit verbundenen Chancen einen gewaltigen Vertrauensvorschuss gewährt hat und sich kreativ an der Nutzung der neuen Chancen beteiligen will. Zum anderen

WNK UWG setzt Akzente

... wenn es sein muss, auch über Jahre!

Dass Dinge in der Politik länger dauern als im sonstigen Leben, ist hinlänglich bekannt.

Dass Dinge allerdings manchmal Jahre brauchen, um realisiert zu werden, zeigt, dass man in der Politik einen langen Atem und eine gute Kondition haben muss.

Im Folgenden einige Beispiele, die von der WNK UWG vor Jahren bereits angestoßen wurden, zunächst von der Ratsmehrheit, Bürgermeister Heckmann und seiner Verwaltung abgelehnt wurden und jetzt durch Bürgermeister Weik erneut geprüft, für gut befunden und auf die Tagesordnung bzw. umgesetzt wurden:

- Seit 1996 fordert die WNK, die Anbindung des Toom-Marktes (früher EKZ) auch über die Autobahnauffahrt. Mit der Eröffnung von OBI kann der Toom-Markt von zwei Seiten angefahren werden. Jetzt verbessert sich mit dem Kreisverkehr die dortige Situation entscheidend.
- Mit dem Umbau der Kreuzung Habenichts zu einem Kreisverkehr wurde auch die von der WNK schon 1998 geforderte sichere Fußgängerverbindung von der Bushaltestelle nach Wickhausen geschaffen.
- Seit der Inbetriebnahme der B51n wird die Stadt zu besonderen Anlässen wie Kirmes, À la Carte, Das Fest gesperrt. Die WNK hatte dies erstmals 1998 gefordert.
- 2001 kam von der WNK die Idee, die Raumsituation im Rathaus

neu zu organisieren, um Funktionseinheiten im Rathaus auch räumlich zusammenzufassen. Jetzt ziehen 5 von 7 Fraktionen – mit Ausnahme der CDU- und SPD-Fraktion – gemeinsam auf die 4. Etage und ermöglichen so die räumliche Zusammenfassung von Haupt- und Personalamt, IT-Abteilung und Leitungsaufgaben auf einer Etage.

- Die bereits 2002 angemahnte Sanierung der L80 zwischen Bergisch-Born und Dreibäumen wurde 2006 endlich durchgeführt.
- 2002 forderte die WNK bereits die Abschaffung der Ortsausschüsse. Bei Beginn der neuen Wahlperiode 2004 fand sich dann hierfür endlich eine Mehrheit im Rat.
- Seit 2003 betreibt die WNK die Aufgabe der Bahntrasse, um die Fläche Gewerbetreibenden zur Expansion ihrer Betriebe zur Verfügung zu stellen. Im Juni 2006 fasste der Rat dann die dafür erforderlichen Beschlüsse.
- Zur Kommunalwahl 2004 regte die WNK bereits eine deutliche Reduzierung der Ausschüsse und deren Zusammenlegung an. Zunächst blieb es lediglich bei der Zusammenfassung von Kultur- und Werksausschuss Kattwinkelsche Fabrik. Die weiteren Vorschläge der WNK wie Zusammenlegung weiterer Ausschüsse stehen jetzt unter dem Stichwort "Verwaltungsstrukturreform 2. Stufe" erneut auf der Tagesordnung.

WNK UWG – was tun die?

Die WNK UWG hat in der letzten Zeit folgende Vorschläge in die kommunalpolitische Arbeit des Rates und seiner Ausschüsse eingebracht wie auch an Bürgermeister und Verwaltung gerichtet:

- Erarbeitung eines Konzeptes zur Ausweisung eines Reitwegenetzes
- Abschaltung von Ampelanlagen in der Innenstadt
- Blinklichtschaltung von Ampelanlagen in der Nacht
- Bau eines Verbindungsweges für Fußgänger zwischen der Fußgängerbrücke Beltener Straße und dem LIDL-Markt
- Beleuchtung des Stadtparks Jörgensgasse
- Einrichtung von Zebrastreifen auf der B51 alt in der Innenstadt
- Einrichtung der "Grünen Welle" auf der B 51n

- Einrichtung verkehrsabhängiger Ampelschaltungen in der Berliner Straße
- Verbesserung der Fußgängersicherheit in der Bahnhofstraße durch Aufstellen von Überquerungshilfen
- Verbesserung der Fußgängersicherheit an der Einmündung Kenkhäuser-Straße/Bahnhofstraße durch Rückbau der Fahrbahnbreiten und Ausweisung eines Zebrastreifens
- Hinweisbeschilderung Rathaus/Bürgerzentrum/Polizei/Amtsgericht von der B51n aus
- Optimierung der Verkehrssituation in der Telegrafienstraße durch Schrägaufstellung der Parkplätze, Aufzeichnen von Freiflächen und Ausweisung von Zebrastreifen bzw. Überquerungsfurten
- Aufhebung der Baumschutzsatzung (gemeinsam mit dem Bündnis)

- Überquerungshilfe auf der Dhünner Straße im Eifgen im Bereich der Einmündung nach Kovelsberg
- Abbau der Ampelanlagen auf der Berliner Straße an den Einmündungen von Wirtsmühler- und Mozartstraße
- Wiedezulassen des Verbrennens von Kleingartenabfällen
- Beibehaltung des Zuschusses der Sportförderung an die Vereine
- Einsatz für die Sicherheit in Wermelskirchen um Risiken der Polizeireform zu begegnen
- Bau eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Belten / Wüstenhof / Elbringhausen (gemeinsam mit dem Bündnis und der CDU)

Die kompletten Antragstexte finden Sie im Internet unter www.wnkuwg.de im Portal unter Rats- und Pressearbeit.

Große Koalition – Politisches Wachkoma bremst Deutschland aus.

Politische Intelligenz in den Kommunen ist notwendiger denn je.

Allmählich wundert mich nichts mehr. Da forderte die CDU in ihrem Wahlprogramm zur letzten Bundestagswahl eine Mehrwertsteuererhöhung von zwei Prozent "Merkelsteuer". Umgehend hielt die SPD dagegen mit der Forderung von null Prozent.

Leider hatte der abgewirtschaftete Bundeskanzler Schröder mit seiner Einschätzung Recht, dass die halbe Macht besser ist, als gar keine, und es folgt die "Große Koalition". Dass er dabei über die Klinge springen würde, war ihm wohl bewusst, aber er hatte schon ganz dezent eine butterweiche Landung vorbereitet und vorsorglich auch die Memoiren schon in peto.

Die "Große Koalition" nahm ihre Arbeit auf und überraschte uns zunächst mit einem neuen Lehrsatz der Mathematik. Zwei Prozent plus null Prozent gleich - na, wer hätte das nicht schon vorher geahnt: drei Prozent!!! Da hat ein politisches Elementargesetz gegriffen, welches da heißt: Lüge wird zur Wahrheit, indem man darüber abstimmt.

Nach zusätzlicher Schaffung von Klarheit durch Beseitigung von Spezialisten in Sachen Steuern und Wirtschaft schritt man nunmehr zur Tat. Das Ergebnis ist die größte Steuererhöhung seit 1949. Das allein ist aber noch zu wenig Realsatire, deswegen wird dieser dreiste und in der Sache nicht notwendige Schritt der Giga - Steuererhöhung gepaart mit einer Giga - Neuverschuldung, natürlich auch die höchste seit Kriegsende, versteht sich. Die Kanzlerin der CDU meint mit diesen Maßnahmen den Bundeshaushalt "solider" machen zu können. Leider ist aber noch eine Kleinigkeit zu bedenken. Die Mehrwertsteuererhöhung reicht nicht einmal aus, um die Zinsen für den größten Schuldenberg aller Zeiten bezahlen zu können. Hier wird die tatsächliche Staatspleite durch den hoffnungsfrohen Ausdruck "solider Haushalt" ersetzt, frei nach einem weiteren politischen Gesetz:

Die Erkenntnis der grausamen Wirklichkeit wird locker und leicht durch die Änderung der Terminologie vernebelt, so wie man aus Molke teilentrahmte Milch macht.

Welch positiven Ausdruck man sich auch immer für die nächste Steuererhöhung ausdenken mag, bei dieser Koalition ist sie unausweichlich.

Da stehen wir nun am Beginn der größten gemeinschaftlichen Massenabzocke durch Sozialisten und Christdemokraten und immer wenn unsere Hand in die Tasche fährt, um sich dort zu ballen, war die öffentliche Hand schon drin.

Nun konnte man meinen, hier bei uns im wunderschönen und beschaulichen Wermelskirchen hätte es Ähnliches nicht gegeben. Doch leider gab man sich auch im Kleinen die größte Mühe, Politik zur Realsatire umzugestalten. Zunächst lernten wir, Mehrheit ist

Vernunft und verlässlicher politischer Arbeit. Zugegeben: Wir waren mit der Wahl unserer Mittel nicht kleinlich. Aber die Zeit drängte und wir wussten, jeder Tag des in die falsche Richtung Rennens ist ein verlorener Tag für Wermelskirchen. Aber: Die Konsequenz aus unserer richtigen und festen politischen Haltung war absehbar.

Erfreulicherweise und zum Wohle der Stadt lenkte die CDU ein und ist nun als politischer Partner an unserer Seite. Ein gemeinsames Positionspapier, projiziert bis zum Ende der Wahlperiode, bekräftigt neue politische Verhältnisse, die wir immer eingefordert haben.

An unserer Politik hat sich nichts geändert. Wir schauen weiter nach vorn im Bewusstsein unserer Handlungsstärke und unserer politischen Vernunft. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern schauen wir aber auch alle nicht mehr zurück und vergessen die satirischen Zeiten in Wermelskirchen.

Betrachtet man all diese Vorgänge, dann, lieber Leser, drängt sich folgende Schlussfolgerung auf:

1. Konsequente, sachorientierte Politik setzt sich durch. Nur sie ist vom Bürger gewollt.
2. Der direkte Kontakt zur Basis und zum Bürger ist die Grundlage dieser Politik.
3. Bindung an eine Partei ist für effektive Kommunalpolitik unerheblich, im Gegenteil die Fokussierung von politischen Vereinen auf das lokale Geschehen bringt Vorteile.

Kommunen sind keine Politiklabore für parteipolitische Experimente! Solchen Unsinn lassen wir hier nicht zu.

In diesem Sinne kontrollieren Sie unsere Bilanzen! Wir werden Sie überzeugen!

Ihr
Dr. Michael Bredenbröker
Pressesprecher WNK UWG

Immer da, wo Sie uns brauchen

Die Fraktionsgeschäftsstelle der WNK UWG-Fraktion ist außerhalb der Schulferien für die Bürger als Anlaufstelle jeden Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr geöffnet. Sie finden uns im Rathaus auf der 4. Etage im Raum 4.06. Telefon: 021 96/8 82 29 47

Unsere Mitarbeiterin Frau Block nimmt Ihre Anregungen, Anliegen und Fragen gerne entgegen und versucht, Ihnen weiter zu helfen. Besuchen Sie uns!!!



Sichtbare Zeichen

Der Leser wird sich sicherlich fragen, was es mit dieser in lockerer Folge erscheinenden Serie auf sich hat. Sie dokumentiert die Grundeinstellung der WNK UWG zur politischen Arbeit: es geht der WNK UWG nicht um Effekthascherei durch das einmalige pressewirksame Anstoßen von Projekten sondern um die nachhaltige Umsetzung der Ideen. Die WNK UWG verfolgt somit jedes von ihr angestoßene Projekt von der ersten Idee bis zur Umsetzung.

In jüngster Zeit abgeschlossene Projekte, die die WNK UWG maßgeblich begleitet hat, sind:

- Der LIDL-Parkplatz kann mittlerweile sowohl von der Stockhauser-Straße als auch der Schulgasse angefahren werden. Dadurch entzerren sich die Verkehrsströme auf dem Parkplatz.
- Die Ampelanlage in der Grünestraße, 2 Anlagen in der Telegrafienstraße, die Ampel Kölner Straße/Telegrafienstraße/Eich/Brückenweg und eine Anlage in der Thomas-Mann-Straße wurden bereits abgeschaltet.
- Zahlreiche städtische Grünanlagen wurden bereits in private Patenschaft übernommen.
- Die Fußgängerunterführung Bahnhof wurde beleuchtet und die Steigung des Weges reduziert.
- Die Landstraße zwischen Bergisch-Born und Dreibäumen wurde saniert.
- An der Einmündung Taubengasse/Berliner-Straße wurden Schilder, die auf Fußgänger hinweisen, aufgestellt.

- Seit Jahren unschöne "blinde" Scheiben im PZ des Gymnasiums wurden ersetzt.
- Die Verkehrslenkung des Schwerlastverkehrs im Industriegebiet wurde durch zusätzliche Beschilderung optimiert; der Verkehr verirrte sich nicht mehr Richtung Buchholzen und Durholzen.
- An der Einmündung Schillerstraße/Königstraße wurden die Bordsteine abgesenkt und dadurch das Queren der Straße für Rollstuhlfahrer, Mütter mit Kinderwagen und älteren Menschen erleichtert.
- Auf der Telegrafienstraße wurde für die Zeit bis zum endgültigen Umbau ein Zebrastreifen ausgewiesen und das Querparken ermöglicht.
- Am Eingang der Braunsberger Straße wurde ein "Durchfahrt verboten" – Schild für LKW über 7,5 t aufgestellt.
- Die Beleuchtung im Stadtpark Jörgensgasse wurde um 2 Leuchten erweitert.
- Ein Verbindungsweg zwischen dem LIDL-Markt und der Fußgängerbrücke über die B51n wurde angelegt.
- Die Fußgängersicherheit im Bereich der Remscheider- / Kenkhäuser- und Bahnhofstraße wurde durch den Bau von Überquerungshilfen deutlich verbessert.



Dr. Michael Bredenbröker

Mehrheit und für jeden Unsinn gut. Absprachen wurden nicht eingehalten und der Bürgermeister freute sich täglich über die Behinderung seiner Arbeit.

Wir, die WNK UWG, forderten immer wieder konsequent die Rückkehr zu

Fortsetzung von Seite 1

Haushalt 2007

dokumentiert die breitest mögliche Zustimmung aber auch, dass Wermelskirchen auf dem richtigen Wege ist, eine auf Konsens in der Politik angelegte Politik für alle Bürger zu betreiben. WNK UWG und UWG sind stolz, ihren Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet zu haben, indem sie gemeinsam mit den anderen Partnern im Bündnis sowie der CDU die Senkung der Gewerbesteuer von

415 auf 410 Prozentpunkte umsetzen konnte – ein sicherlich denkwürdiges Signal an die heimische Wirtschaft aber auch Unternehmen, die mit einer Ansiedlung in Wermelskirchen liebäugeln.

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort Wermelskirchen ist für WNK UWG und UWG ein entscheidender Baustein für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Impressum:

Herausgeber: UWG-Fraktion im Rat der Stadt Wermelskirchen., c/o Hermann Opitz, Am Kirschbaum 17, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/800096

Verantwortlicher Redakteur: Henning Rehse, Goethestraße 33, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/3933

Redaktion: Bettina Bernhard, Claudia Block, Rüdiger Bornhold, Dr. Michael Bredenbröker, Uwe Hansen, Michael Höller

Satz und Layout: print & neue medien, J.Wilhelm, Remscheid · Druck: Druckerei Koch Remscheid · Auflage: 17.000